

„Immer wieder Phasen der Annäherung“

Michael Schneider, Politikwissenschaftler an der Universität Bonn, über die Nachkriegszeit und die Bedeutung der Gewerkschaften als Frühwarnsystem für die Partei



Fotos: AdSD/Friedrich-Ebert-Stiftung

WILLY BRANDT MIT DEM DGB-VORSITZENDEN WILLI RICHTER UND VORSTANDSMITGLIED MARIA WEBER, 1959

„In der Geschichte der Bundesrepublik gab es nie nahtlose politische Einmütigkeit zwischen Gewerkschaften und SPD. Von der Wiederbewaffnung in den 1950er Jahren, die die Gewerkschaften im Gegensatz zur SPD sehr rasch akzeptierten, über den Konflikt um die Notstandsgesetze in den 1960ern bis hin zur Nachrüstungsdebatte Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre fanden sich SPD und Gewerkschaften jeweils mehrheitlich in gegnerischen Lagern wieder. Doch diese Konflikte trafen nicht den Kernbereich gewerk-

schaftlicher Arbeit – die Tarif- und Sozialpolitik. Das änderte sich Mitte der 1970er Jahre. Unter der Maxime Standortsicherung und Haushaltskonsolidierung durch ‚Sozialabbau‘ baute sich ein Konfliktpotenzial auf, das sich bis zum Ende der Regierung Helmut Schmidts 1982 kontinuierlich zuspitzte. Mit den Hartz-Reformen der Regierung Gerhard Schröders sowie dem Rentenmodell Münterfers verschärfte es sich nochmals. Dazwischen gab es immer wieder Phasen der Annäherung. Das Auf und Ab in der Beziehung zwischen SPD und Gewerkschaften ist meist an den Wechsel zwischen sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung und Opposition gekoppelt.

Für das aktuelle Verhältnis kommt erschwerend hinzu, dass die Gewerkschaften seit der ‚Sozialdemokratisierung‘ der CDU/CSU und seit der Gründung der Linken andere parteipolitische Optionen außerhalb der SPD haben. Für die SPD gibt es keine Alternative zur Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, sind diese doch die einzigen Großorganisationen, die sozialdemokratische Politik gesellschaftlich absichern und unterstützen. Für die SPD sind die Gewerkschaften ein ‚Frühwarnsystem‘, wenn diese dabei ist, ihre angestammte Kernbezugsgruppe – die Arbeitnehmerschaft – zu verlieren. Schon in einem ureigensten Interesse sollte die SPD auf sie hören.“